

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 11. Juli 2019

Stellungnahme zur Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme zur obgenannten neuen Verordnung. Darin geht es darum, Bestimmungen der neuen Finanzmarktaufsichtsgesetzgebung auf Verordnungsebene zu konkretisieren, namentlich die Kompetenzen der FINMA in den internationalen Aufgaben und in der Regulierung, die Regulierungsgrundsätze sowie die Zusammenarbeit zwischen der FINMA und dem Eidgenössischen Finanzdepartement EFD. Im Wesentlichen handelt es sich um eine teilweise Umsetzung der Motion Landolt 17.3317. Diese forderte eine klare Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Bundesrat und FINMA, eine effektive Gewährleistung der politischen Steuerung sowie eine bessere Absprache zwischen dem EFD und der FINMA.

Die Finanzkrise hallt in der Schweiz nach wie vor nach. Die Erwerbslosigkeit ist auf einem Höchststand. Die Reallöhne stagnieren. Und die Pensionskassen leiden unter den historisch tiefen Zinsen. Immerhin hatte die Finanzkrise den begrüssenswerten Effekt, dass die Finanzmärkte stärker reguliert wurden und die Finanzmarktaufsicht FINMA gestärkt wurde. Es scheint, dass einige politische Kräfte und das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) diese positive Entwicklung bei den Regulierungen rückgängig machen wollen. Die Motion Landolt und damit die vorliegende Verordnung reiht sich hier ein. Der FINMA sollen politische Fesseln angelegt werden.

Die FINMA spielt eine zentrale Rolle bei der Klärung und Sanktionierung von allfälligen Missständen in Grossbanken. Sie leistet einen zentralen Beitrag daran, dass die Risiken im Bankensektor kontrollierbar bleiben. Im Kontext dieser heiklen Aufgabe sind Angriffe, auch oder gerade besonders jene aus der Branche, auf die Aufseherorganisation FINMA kritisch zu begutachten.

Der Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) lehnt die vorliegende Verordnung daher ab. Sie ist mindestens überflüssig, könnte sich aber auch als schädlich erweisen. Wohl kennt keine andere Aufsichtsbehörde eine solche Verordnung. In einigen Teilen präzisiert die Verordnung zwar nur die existierende Gesetzgebung, in anderen Teilen wird eine Verpolitisierung und Bürokratisierung der FINMA erwirkt. Das entspricht dem exakten Gegenteil der Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds, welche kürzlich erschienen sind. Darin heisst es: «The authorities

should continue to strengthen FINMA's autonomy, governance, and accountability.»¹ Insbesondere wird Wert darauf gelegt, dass die Regulierungsinstrumente der FINMA, Verordnungen und Rundschreiben, nicht geschwächt werden. Ironischerweise sind die Schweizer Finanzinstitute auf eine Regulierungsbehörde mit einer international einwandfreien Reputation angewiesen. Sonst werden sie im internationalen Finanzgeschäft als unsichere Geschäftspartner wahrgenommen.

Sollte die Verordnung dennoch in Kraft treten, beantragt der SGB eventualiter die Streichung der folgenden Paragraphen:

Art.6: Grundsätze der Regulierung

Dieser Paragraph führt zu deutlichem Mehraufwand an Dokumentation und Begründung. In Abs. 6 ist festgehalten, dass die jeweils kostengünstigste Regulierungsvariante gewählt werden soll. Aus Sicht des SGB ist eine solche Quantifizierung nicht möglich. Der Artikel ist daher zu streichen.

Art. 7: Wirkungsanalysen

Auch dieser Artikel führt zu einer Bürokratisierung, die nicht im Sinne des Schweizer Finanzplatzes sein kann.

Art. 10: Öffentliche Konsultation sowie Art. 11: Form und Frist öffentlicher Konsultationen

Öffentliche Konsultationen zu FINMA-Verordnungen führen zu einer deutlichen Verpolitisierung der FINMA und werden daher vom SGB abgelehnt.

Diese Verordnung schafft neue Bürokratie, statt, dass die Abläufe effizienter werden. Der SGB erachtet die Arbeit der FINMA als ausserordentlich wichtig für die Finanzmarktstabilität und somit für den Schutz der GläubigerInnen und AnlegerInnen. Diese Arbeit darf nicht geschwächt werden.

Wie in diversen Stellungnahmen festgehalten, unterstützt der SGB die Bemühungen des Bundesrats zur Re-regulierung. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die FINMA ihre Unabhängigkeit besonders im operativen Tagesgeschäft weiterhin behält und nicht durch unsinnige Bürokratie aufgehoben wird. Eine erneute Finanzkrise würde teuer. Die FINMA hat eine gewichtige Rolle darin, eine solche zu verhindern.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom

¹ International Monetary Fund: *Switzerland. Financial Sector Assessment Program*. IMF Country Report No. 19/183. Juni 2019.